



Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati

3003 Bern, 24. April 1992 A/spo/ner

**Bericht über die Reise nach Kroatien
vom 16. - 19. April 1992**

1. Teilnehmer

- **Botschafter R. Weiersmüller**, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik im EDA, Bern
- **Jonas Widgren**, Koordinator für informelle Konsultationen im Asyl- und Migrationsbereich, Genf
- **Werner Maurer**, schweizerischer Generalkonsul in Kroatien, Zagreb
- **Peter Arbenz**, Direktor Bundesamt für Flüchtlinge, Bern

2. Kroatische Gesprächsteilnehmer

- **Dr. Mate Granic**, Vizeministerpräsident der kroatischen Regierung
- **Miriana Kujundzik**, Mitarbeiterin im Aussenministerium
- **Esna Sicic**, Protokoll
- **Prof. Zdenko Skrabalo**, Deputy Minister, Ministry of Foreign Affairs, Republic of Croatia, zukünftiger Botschafter in der Schweiz
- **Adalbert Rebic**, Chief in Executive, Office for displaced persons and refugees, Government of the Republic of Croatia
- **Spomenka Cek**, Assistant of Secretary General, Office for displaced persons and refugees, Government of the Republic of Croatia
- **Mijo Laic**, President of the Executive Council of the Town Assembly of Karlovac
- **Gordan Grlic**, Berater im Büro für Vertriebene und Flüchtlinge, Regierung der Republik Kroatien und Managing Secretary of the Medical Faculty, University of Zagreb, School of Medicine, designierter Sekretär der zukünftigen kroatischen Botschaft in Bern
- **Savka Dapcevic-Kucar**, Präsidentin der national-liberalen Partei (HNS)



3. Resultate der Aussprachen und persönliche Eindrücke

3.1 Politische Lage

Die Kroaten haben in der kurzen Zeit seit ihrer Unabhängigkeitserklärung ein starkes nationales Bewusstsein entwickelt. Sie scheinen entschlossen, ihre Souveränität zu verteidigen. Die neue kroatische Regierung ist gut organisiert und arbeitet effizient. Sie hat gegenüber dem Parlament eine starke Stellung und wirkt hauptsächlich als Krisenregierung. Gelegentliche Neuwahlen könnten die politische Landschaft noch etwas verändern, wobei die bürgerlichen nationalistischen Kräfte noch mehr Terrain gewinnen dürften. Die Regierung ist entschlossen, rechtsstaatliche Grundsätze hochzuhalten, ein System vermehrter Gewaltenteilung einzuführen (von der Opposition wird dies allerdings etwas bezweifelt) und auch die Minderheiten im Lande zu schützen. Die kroatische Regierung ist aber auf internationale Anerkennung und Unterstützung angewiesen. Sie betreibt hierfür ein professionelles Informationsmanagement.

3.2 Wirtschaftliche Lage

Oberflächlich gewinnt man nicht den Eindruck eines armen Landes, mindestens nicht in Zagreb und in den grösseren Städten funktioniert das wirtschaftliche Leben normal, die Versorgung ist sichergestellt. Die Regierung ist entschlossen, so rasch als möglich marktwirtschaftliche Verhältnisse einzuführen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Lebenshaltungsniveau heute noch äusserst tief ist. Das monatliche Durchschnittseinkommen eines Kroaten beträgt umgerechnet sFr. 150.--. Wenn die Kaufkraft des Dinars auch höher ist und insbesondere die Wohnungsmieten tief, so reicht dies kaum aus, um zu überleben. Die finanziellen Ressourcen des Landes sind durch den Krieg und die hohe Zahl von Vertriebenen überstrapaziert. Allein die Ernährung und die Unterbringung der Vertriebenen in Kroatien kostet die Regierung täglich eine Million DM. Von den künftigen Leistungen für den Wiederaufbau des Landes wagt man noch gar nicht zu sprechen.

3.3 Militärische Lage

Die militärische Lage hat sich in den Grenzgebieten zu Serbien und Bosnien-Herzegowina etwas beruhigt. In diesen Gebieten stehen sich nach wie vor reguläre kroatische Kräfte und serbische Milizen und Angehörige der jugoslawischen Volksarmee gegenüber. Es finden jedoch keine offenen Gefechte mehr statt. Hingegen gibt es täglich Hinterhalte und Anschläge und Unglücksfälle wegen Verminungen. Niemand hat Kontrolle über die angelegten Verminungen.

Das Ausmass der Zerstörungen ist aber gewaltig. Ganze Dörfer sind praktisch vollständig zerstört. An Kirchen und Kulturdenkmälern ist grosser Schaden entstanden. Allein Kroatien beklagt bisher 5'000 Tote und über 20'000 Verwundete sowie eine grosse Anzahl von vermissten Personen. Wegen der unsicheren Lage und den Zerstörungen ist eine Rückkehr in die Grenzdörfer vorderhand ausgeschlossen. Tausende von Vertriebenen sind in den nahegelegenen Städten, Dörfern und in Hotels an der adriatischen Küste untergebracht.

Die UNPROFOR baut ihr Dispositiv schrittweise aus, kann aber angesichts der Agressivität der serbischen Milizen nur wenig ausrichten. Die kroatische Regierung erwartet von der internationalen Gemeinschaft eine Verstärkung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Serbien, die Übernahme der Luftraumkontrolle über Kroatien, eine weitergehende Vermittlung (EG, KSZE, UN) und eine strikte Einhaltung des Waffenembargos gegenüber Serbien. Die serbischen Milizen und die JVA dürften in nächster Zeit versuchen, einige UN-Soldaten zu töten, um damit die UN-Kräfte zum Rückzug und allenfalls zum Abzug zu bewegen. Bis zum 15. Mai sollte die UNPROFOR ihr ursprünglich geplantes Dispositiv bezogen haben.

3.4 Flüchtlingssituation

Gegenwärtig dürften noch rund 150'000 Kroaten (Spitzenwerte im Januar 1992 231'000, davon ein Drittel in Zagreb) intern vertrieben sein. Hinzu kommen per Ende April rund 100'000 geflüchtete Menschen aus Bosnien-Herzegowina, die provisorisch in Kroatien untergebracht sind. Die kroatische Regierung kann einen weiteren Anstieg der Flüchtlinge aus den angrenzenden Krisengebieten kaum mehr bewältigen. Sie appelliert an die internationale Staatengemeinschaft um Hilfe in Form von Finanzen und Naturalien. Trifft diese Hilfe nicht ein, ist mit einem grossen Exodus nach Westeuropa zu rechnen. Die kroatische Regierung hat zur Bewältigung der Flüchtlingssituation eine ihr direkt unterstellte Organisation für Vertriebene und Flüchtlinge aufgebaut, die sehr effizient arbeitet, aber täglich mit neuen Problemen konfrontiert ist. Das Büro hat 19 Regionalbüros in Kroatien und ist in rund 300 Dörfern mit Sozialarbeitern und Zentrenleitern präsent. Den Vertriebenen werden 1'500 Dinar pro Person abgegeben (ca. sFr. 200.--) sowie ein monatliches Lebensmittelpaket. Heute besteht sogar eine gewisse Gefahr, dass die Vertriebenen besser behandelt werden, als die arme Lokalbevölkerung. Alle Vertriebenen sind computermässig erfasst und registriert. Jeder hat eine spezielle Identitätskarte auf der die erhaltenen Rationen eingetragen werden. Die Regierung hat ein Konzept für die Rückkehr entwickelt und hierfür sichere und unsichere Zonen ausgeschieden. Sie ist grundsätzlich bereit, Kroaten wieder zurückzuübernehmen, ist aber auf Rückkehrhilfe angewiesen. Kroatische Deserteure und Refraktäre können grundsätzlich zurückgeschickt werden, die Regierung ist bereit, für diese gelegentlich eine Generalamnestie zu gewähren, diese für den Moment mindestens von zivilen Gerichten beurteilen zu lassen.

Die Regierung beabsichtigt, die Repatriierung so rasch als möglich einzuleiten und auch die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, sobald es die militärische Lage erlaubt, zurückzuschicken.

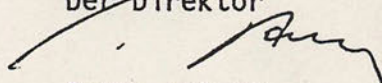
3.5 Schlussfolgerungen

Die Kroaten sind auf internationale Hilfe angewiesen. Sie benötigen finanzielle Unterstützung und Naturalleistungen für die Betreuung der Heimatvertriebenen. Die Regierung rechnet insbesondere mit einem starken internationalen Druck auf die serbischen Kriegsgegner und auf eine Isolierung der Aggressoren.

4. Weiteres Vorgehen

- Am 28.4.1992 wird in Genf ein Vierländertreffen stattfinden zwischen Kroatien, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz in Anwesenheit des Koordinators für informelle Konsultationen. Dabei soll das Vorgehen unter diesen Staaten und insbesondere die Repatriierung koordiniert werden.
- Anschliessend möchte Dr. Granic, kroatischer Vizeministerpräsident, am 29.4.1992 mit Herrn Bundesrat Koller (ev. Generalsekretär A. Walpen) und allenfalls Herrn Bundespräsident Felber (allenfalls Staatssekretär J. Kellenberger) Gespräche führen. Bei dieser Gelegenheit könnte ein bilaterales Protokoll über die Repatriierung und Hilfe der Schweiz an Kroatien unterzeichnet werden mit folgender Zielrichtung:
 - . Rückkehr der ehemaligen kroatischen Asylbewerber ab Mai 1992
 - . Rückkehrhilfe der Schweiz für Kroaten, z.B. Fr. 200.-- pro Person für die maximale Dauer von 6 Monaten
 - . Naturalleistungen in Form von Lebensmitteln, Wolldecken, Feldbetten, Haushalteinrichtungen, Minensuchgeräten, z.T. über staatliche Quellen, z.T. über private Hilfswerke.
- Einberufung einer interdepartementalen Konferenz für mögliche Hilfeleistungen für Kroatien unter Einbezug der Hilfswerke
- Mobilisierung internationaler Hilfe für Kroatien über die informellen Konsultationen, um einen weiteren Exodus von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina über Kroatien zu vermeiden.
- Weitere sorgfältige Beobachtung der politisch militärischen Lage in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, frühzeitiges Treffen von Massnahmen vor Ort, um ein erneutes Anschwellen der Flüchtlingsströme aus dem ursprünglichen Jugoslawien zu vermeiden.

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE
Der Direktor



Peter Arbenz

Beilagen

- Liste der Gesprächspartner mit Adressen
- Programm Besuch der Schweizer Delegation bei der kroatischen Regierung
- Bulletin of the Government of the Republic of Croatia about displaced persons and refugees
- Paper of the Government of the Republic of Croatia about humanitarian assistance for refugees
- Bericht von Dr. A. Rebic
- List about the number of refugees
- Specification of foodstuffs and hygiene requisites
- Report to Ambassador Eliasson from Mr Granic
- Aktennotiz über Kosovo/Albanien
- Report to Mrs Sadako Ogata
- Statement of Professor Skrabalo at the CSCE Meeting of 15.4.1991 in Helsinki
- Statement of Ambassador Mr. J. C. Kornblum, USA, at the CSCE Meeting of 15.4.1992 in Helsinki
- Bericht in jugoslawischer Sprache

Kopie mit Beilagen an:

- Herrn Bundesrat A. Koller, Vorsteher EJPD
- Herrn Botschafter R. Weiersmüller, EDA (für separaten Verteiler)

Kopie ohne Beilagen an:

- GS/EJPD
- Direktionsmitglieder BFF
- BFA
- BIGA
- Herrn O. Reermann, Bundesinnenministerium, BRD
- Herrn Dr. Pahr, Bundesinnenministerium, Österreich



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Ref. p.B.41.21.Cro.0 - AZ

3003 Bern, 7. Mai 1992

- EJPD () Generalsekretariat
() Generalsekretariat, Beschwerdedienst
() Bundesamt für Ausländerfragen
() Bundesamt für Flüchtlinge
- EVD () BIGA, Abteilung Arbeitsmarkt
- EDA (X) Generalsekretariat / Sekretariat des Departementschefs
(X) Direktion für internationale Organisationen
(X) Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
(X) Abteilung humanitäre Hilfe/SKH
(X) Politische Abteilung I
() Politische Abteilung II
(X) Politische Abteilung III
(X) Politisches Sekretariat
(X) Sektion Völkerrecht, DV
(X) Sektion für Menschenrechte, DV
(X) Sekretariat des Staatssekretärs
(X) Schweizerische Vertretung(en) in Belgrad, Zagreb
()
()

DG - 7. Mai 92 - 16 DG - 7. Mai 92 - 16

UEBERMITTLUNG VON DOKUMENTEN

Gegenstand: Bericht über die Reise nach Kroatien vom 16. - 19. April 1992

Quelle: Bundesamt für Flüchtlinge

Bemerkung: Zu Ihrer Kenntnisnahme übermitteln wir Ihnen den Bericht von Herrn P. Arbenz, Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge.

Anschliessend an die Reise nach Kroatien wurde in Bern am 29. April der kroatische Vizepremierminister Mate Granic zu Gesprächen empfangen. Den Bericht darüber können Sie den "Informations hebdomadaires normales 19/92" entnehmen.

Beilage(n): 1 Bericht vom 24.4.92
(allfällig Interessierte können die Beilagen bei uns anfordern, Tel. 30.35)

Kopie z.K.:

KOORDINATOR FÜR INTER-
NATIONALE FLÜCHTLINGSPOLITIK

i.A. *M. Appenzel*

(Rudolf Weiersmüller)

DG - 7. Mai 92 - 16